Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0428/10	Datum 02.09.2010
Dezernat: VI	Amt 61	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	09.11.2010	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	02.12.2010	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Energie	14.12.2010	öffentlich	Beratung
Stadtrat	27.01.2011	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen Amt 31,Amt 63,Amt 66,FB 23,FB 62	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

1. Änderung und Entwurf des B-Planes Nr. 102-1A "Neubau Brücke Rothensee/ Oebisfelder Straße" im vereinfachten Verfahren

Beschlussvorschlag:

1. Die seit dem 02.11.99 rechtsverbindliche Satzung zum Bebauungsplan Nr. 102-1A „Neubau Brücke Rothensee/ Oebisfelder Straße“, soll geändert werden im vereinfachten Verfahren gemäß § 1 Abs. 3 und 8, § 13 sowie § 2 Abs. 1 BauGB. Zu ändern ist im Planteil A die Zweckbestimmung einer privaten Grünfläche hinsichtlich der Ausgleichsfunktion.

Der zu ändernde Bereich des Bebauungsplanes wird umgrenzt:

- im Nordwesten: von der Westgrenze des Flurstückes 146 der Flur 203 und von der südlichen Verlängerung der Oebisfelder Straße;
- im Nordosten: von der Nordostgrenze des Flurstückes 40/1 der Flur 203;
- im Süden: von der Südgrenze des Bebauungsplanes 102-1A.

Dieser zu ändernde Geltungsbereich ist im beiliegenden Lageplan, welcher einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Die von der Änderung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB zu beteiligen und von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll gem. § 13 (2) Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 durch öffentliche Auslegung des Entwurfs erfolgen. Von der frühzeitigen

Öffentlichkeitsbeteiligung wird gem. § 13 (2) Nr. 1 BauGB abgesehen.

3. Der Entwurf der Änderung zum Bebauungsplan Nr. 102-1A „Neubau Brücke Rothensee/Oebisfelder Straße“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
Von einer Umweltprüfung wird nach § 13 Abs. 3 Satz 2 BauGB abgesehen.
4. Der Entwurf der Änderung zum Bebauungsplan Nr. 102-1A „Neubau Brücke Rothensee/Oebisfelder Straße“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit		Pflichtaufgabe		ja		nein
Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme					
		ja, Nr.				nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt					
	JA		NEIN			x

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt
Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung
Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

Buchwert in €

Datum Inbetriebnahme:

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) Amt/Fachbereich	Sachbearbeiter Annette Heinicke, Tel.: 540 5389	Unterschrift AL / FBL Heinz-Joachim Olbricht
--------------------------------------	---	---

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift	i.V. Hr. Olbricht Dr. Dieter Scheidemann
---------------------------------------	--------------	---

Termin für die Beschlusskontrolle	25.02.2011
-----------------------------------	------------

Begründung:

Anlass für die Änderung ist das laufende Planfeststellungsverfahren für den Rundweg um den Neustädter See. Im Zuge dieser Planung ergab sich der Bedarf von Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft. Diese Ausgleichsmaßnahmen sollen möglichst auf einer Fläche im Eingriffsraum liegen und die Ausgleichsfläche soll hinsichtlich Größe und Lage für die Maßnahmen geeignet sein. Eine solche geeignete Fläche wurde gefunden auf einer Dreiecksfläche nördlich des Neustädter Sees, südlich der Straße „An den Barroseen“. Die Fläche ist derzeit ackerbaulich genutzt und befindet sich im Bereich des B-Planes 102-1A „Neubau Brücke Rothensee/ Oebisfelder Straße“.

Im rechtsverbindlichen Bebauungsplan ist diese Fläche überwiegend als private Grünfläche festgesetzt mit der Zweckbestimmung für Ausgleichsmaßnahmen aus dem Kiesabbau. Diese Festsetzung entsprach der zum Zeitpunkt der Bebauungsplanaufstellung erfolgten nachrichtlichen Übernahme aus Planungen der Kies- und Baustoffwerke Barleben GmbH & Co KG.

Die Fläche wurde jedoch für diesbezügliche Ausgleichsmaßnahmen nicht benötigt. Seitens des Landesamtes für Geologie und Bergwesen wurde mit Schreiben vom 13.02.2009 im Zuge der Behördenbeteiligung zum Planfeststellungsverfahren „Rundweg um den Neustädter See“ mitgeteilt, dass bereits 2001 eine Abnahme durch die Bergaufsicht erfolgte. Es wurde weiterhin mitgeteilt, dass die Maßnahmen aus dem Abschlussbetriebsplan vollständig und ordnungsgemäß umgesetzt wurden und die Bergaufsicht für die betreffenden Kiestagebaue beendet ist. Somit steht sie als Ausgleichsfläche für andere Eingriffe zur Verfügung.

Mit der Bebauungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Planfeststellung „Rundweg Neustädter See“ geschaffen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, ein vereinfachtes Änderungsverfahren im beschleunigten Verfahren durchzuführen. Die Grundzüge der Planung sind nicht berührt, da alle wesentlichen Festsetzungen des B-Planes, wie Art und Maß der baulichen Nutzung und Festsetzungen zur Erschließung bestehen bleiben. Zu ändern ist lediglich die Zweckbestimmung von im rechtsverbindlichen B-Plan festgesetzten Ausgleichsflächen.

Anlagen:

Anlagen:

DS0428/10 Anlage 1 Lageplan

DS0428/10 Anlage 2 B-Plan-Entwurf

DS0428/10 Anlage 3 Begründung

DS0428/10 Anlage 4 rechtsverbindlicher B-Plan